

Bericht und Antrag an den Einwohnerrat

vom 26. Mai 2026

4.0

Fachbereich Gesellschaft; Verstetigung Stellenprozente

1. Einleitung

Im Legislaturprogramm 2022–2025 hielt der Stadtrat unter anderem fest, das gute Zusammenleben der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu fördern und die damit verbundenen neuen Herausforderungen aktiv anzugehen (Leitsatz 6). Dazu soll die Stadt die Bedürfnisse unterschiedlicher sozialer Gruppen verstärkt berücksichtigen (Legislaturziel 19).

Im Rahmen der Umsetzung des Legislaturprogramms bewilligte der Einwohnerrat am 21. Oktober 2022 eine auf drei Jahre und fünf Monate befristete 100-%-Stelle per 1. Juni 2023. Gleichzeitig wurde der Auftrag erteilt, die Stelle sowohl im administrativen als auch im fachlich-inhaltlichen Projektbereich mit klaren Zielvorgaben auszustatten, sodass Aufwand und Wirksamkeit der einzelnen Aufgabenbereiche evaluiert werden können.

Auf Januar 2022 wurden die Themenbereiche Integration, Migration und Jugendarbeit dem Ressort «Soziales, Gesundheit und Alter» zugeordnet sowie das Ressort sowie die entsprechende Verwaltungsabteilung in «Gesellschaft» umbenannt.

Der Stadtrat definierte die sechs Handlungsfelder Alter, Familie, Gesundheit, Integration, Jugendarbeit sowie sozialindizierte Quartierentwicklung und legte die Zielvorgaben fest. Ergänzend wurden zwei übergeordnete Themen bestimmt: Die Erarbeitung strategischer Leitlinien sowie die Funktion als zentrale Koordinationsstelle. Die Auswertung der geleisteten Arbeiten erfolgte im Rahmen der Erarbeitung des strategischen Konzepts «Gesellschaftspolitik Brugg».

Seit der Arbeitsaufnahme im Juni 2023 wurden tragfähige Strukturen aufgebaut und die Zusammenarbeit auf kommunaler, regionaler und kantonaler Ebene konsolidiert. Der Fachbereich hat seine Aufbauphase erfolgreich abgeschlossen, wertvolle Erfahrungen gesammelt und sich als zentrale Koordinationsstelle etabliert.

Es zeigt sich, dass die aktuellen und künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen eine dauerhafte und koordinierte Steuerung erfordern. Der Fachbereich Gesellschaft ist in der Lage, diese Aufgabe für die Stadt Brugg nachhaltig wahrzunehmen. Die nachfolgende Berichterstattung zur Zielerreichung sowie das strategische Konzept «Gesellschaftspolitik Brugg» bilden die Grundlage für den vorliegenden Antrag, die bisher befristete Stelle in eine unbefristete Stelle zu überführen.

2. Ergebnisse 2023 – 2026: Zielerreichung und Evaluation

2.1. Politische Ausgangslage

Das Legislaturprogramm des Stadtrates 2022 – 2025 betont den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Berücksichtigung der Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.

In Anlehnung daran definierte der Stadtrat Ziele für den Fachbereich Gesellschaft in den Handlungsfeldern *Alter*, *Integration*, *Jugendarbeit* und *sozialindizierte Quartierentwicklung*, später ergänzt um *Gesundheit* und *Familie*. Im Zentrum stehen eine bessere Zusammenarbeit mit relevanten Partnern, der Aufbau tragfähiger Strukturen sowie eine vorausschauende Begleitung sozialräumlicher Entwicklungen:

Handlungsfeld	Ziele
Alter	- Die Zusammenarbeit der Stadt Brugg mit den verschiedenen Leistungsträgern ist geklärt.
Integration	- Die Regionale Integrationsfachstelle (RIF) wird in der Pilotphase begleitet und unterstützt.
Jugendarbeit / PIC	- Die Volksschule und die Jugendarbeit sind vernetzt, arbeiten zusammen und profitieren von Synergien.
Sozialindizierte Quartierentwicklung	- Eine Arbeitsgruppe Sicherheit am Bahnhof ist gebildet. - Die Notwendigkeit einer Sozialraumanalyse in der Region Bahnhof / Neumarkt ist geprüft. - Eine Stadtkarte, welche den Bedarf an sozialindizierter Entwicklung zeigt, liegt inkl. Interventionsplänen vor. - Es sind Massnahmen im Schulhaus Bodenacker umgesetzt, um den Vandalismus einzudämmen.

Ergänzend dazu wurden zwei Aufgaben – Erarbeitung von Grundlagen für strategische Richtlinien und Tätigkeit als zentrale Koordinationsstelle – definiert, welche übergeordnet Gültigkeit haben.

2.2. Aufbau- und Entwicklungsarbeiten

Vor der Schaffung des Fachbereichs wurden gesellschaftliche Themen von verschiedenen Verwaltungsabteilungen bearbeitet. Die Folge waren fehlende strategische Abstimmungen, unkoordinierte und unverbundene Angebote ohne gemeinsame Stossrichtung sowie eine teils hohe, situativ schwankende Belastung einzelner Bereiche; zugleich wurde die Berichterstattung erschwert. Mit dem neuen Fachbereich Gesellschaft konnten die Aufgaben, Schnittstellen, Prozesse und Kooperationsstrukturen geklärt, aufgebaut und konsolidiert sowie die Zuständigkeiten klar geregelt werden. Dies führte wie in den einzelnen Handlungsfeldern nachfolgend ausgeführt zu effizienten Abläufen und Wirkung, was von internen und externen Anspruchsgruppen als wertvoll erachtet wird.

Hinzu kommt, dass der Fachbereich Gesellschaft neben seinen Koordinations- und Projektaufgaben auch die personalrechtliche Führung der RIF-Mitarbeitenden sowie der Jugendarbeitenden übernimmt. Diese Personalführungsaufgaben binden rund 25 % der Stellenressourcen.

2.3. Ergebnisse pro Handlungsfeld

Die befristete Stelle wurde auf Basis des ursprünglichen Auftrags evaluiert. Die Einschätzung des Erfolgs stützt sich vor allem auf Projektergebnisse (siehe nachfolgende Beispiele), Rückmeldungen aus der Bevölkerung und von Partnerorganisationen sowie fachliche Bewertungen. Die

erzielten Leistungen in den einzelnen Handlungsfeldern zeigen, wie der Fachbereich zur gesellschaftspolitischen Entwicklung der Stadt Brugg beiträgt:

Alter

- Einsitz in Führungsgremien (strategisch und operativ) der Koordinationsstelle Alter Region Brugg in Vertretung des Stadtrats
- Zusammenarbeit mit dem Seniorenrat: Projekte anstossen und administrative Unterstützung bieten
- Durchführung eigener Projekte (z.B. Information und Training Sturzkompetenzen)
- Organisation und Durchführung des Nachmittags für Seniorinnen und Senioren im Campussaal Windisch (Ablösung bisheriger Seniorenausflug)

Familie

- Erarbeitung des Konzepts «Frühe Förderung» als strategische Grundlage für zukünftige Massnahmen
- Weiterführung und Ausbau der Angebote (Frauendeutschkurs, Deutschkurs für Asylsuchende, Café, Hebammen Info-Abend, Spiel und Spass im Haus 11, Schenk mir eine Geschichte, Kleinknopf-Café, Schreibbar) in der Laurstrasse 11 (ehem. Familienzentrum)
- Aufbau eigenständiger niederschwelliger Angebote (z.B. Spiel & Spass)
- Unterstützung der RIF bei Sprachstandserhebung und erste Vernetzung mit kantonalen Förderprogrammen
- Vorbereitung/Koordination regionaler Projekte wie Familientag 2026

Gesundheit

- Wissensaufbau und Vertretung der Stadt in der Arbeitsgruppe «Versorgungsregion Brugg» der Regionalplanung Brugg Regio und Einbringen kommunaler Anliegen
- Prüfung/Realisierung einzelner kleinerer Projekte wie z.B. «Wie geht's dir? - Bänkli» (Bereich psychische Gesundheit) oder «Dry January».
- Verantwortung für Projekt-Koordination Sport- und Bewegungsangebot «Active City»

Integration

- Rekrutierung, Führung und Begleitung der Mitarbeitenden der Regionalen Integrationsfachstelle (RIF) Region Brugg
- Operative Unterstützung der RIF und Schnittstellenarbeit zur Stadtverwaltung
- Einsitz in der strategischen Steuergruppe der RIF in Vertretung des Stadtrats
- Organisation niederschwelliger Angebote (z.B. Deutschkurse in der Laurstrasse 11)

Jugendarbeit

- Strukturelle Eingliederung der Jugendarbeit in die Stadtverwaltung
- Personelle Führung der Jugendarbeitenden
- Begleitung der operativen Umsetzung/Arbeit
- Start Prozess zur Überprüfung der Aufgaben und Ausrichtung der offenen Jugendarbeit
- Überprüfen und Aktualisieren von vorhandenen Leitbildern und Konzepten.

Sozialindizierte Quartierentwicklung

- Konstituierung und Leitung der Arbeitsgruppe Sicherheit am Bahnhof (Brugg/Windisch und regionale Partner)
- Mitarbeit in der kantonalen Suchtstrategie und der Arbeitsgruppe Schadensminderung
- Initiierung, Begleitung und aktive Mitarbeit Projekt «Bedarfsanalyse für Angebote der Schadensminderung»
- Unterstützung/Koordination im Pilotprojekt aufsuchende Gassenarbeit

- Schaffung Patrouille Gesellschaft mit Fokus auf Drogenszene (Repression)
- Vorantreiben eines weiteren Pilotprojekts «Gassenküche mit Konsumraum»
- Abklärungen Vandalismus Bodenacker und erfolgreiche Sensibilisierung ohne weitere Massnahmen

2.4. Prozess- und Strukturentwicklung

Der Fachbereich hat seine Rolle als zentrale Schnittstellenfunktion innerhalb der Stadtverwaltung wie auch gegenüber externen Partnern etabliert. Dadurch konnten Verantwortlichkeiten präzisiert, Zuständigkeiten und Abläufe vereinfacht und die Zusammenarbeit über Ressort- und Organisationsgrenzen hinweg effizienter gestaltet werden. So wurde etwa mit der Eingliederung der Jugendarbeit in die Stadtverwaltung nicht nur die Personalführung klar geregelt, sondern auch das bisher extern verwaltete Budget konsolidiert und in das städtische Finanzreporting integriert.

Mit der weitgehenden Erreichung der Ziele in den Handlungsfeldern ist die strukturelle Aufbauphase im Wesentlichen abgeschlossen. Aufbauend darauf erarbeitete die Abteilung Gesellschaft & Soziales das strategische Konzept «Gesellschaftspolitik Brugg». Es dokumentiert die aktuelle Situation und die Herausforderungen, schafft eine gemeinsame strategische Grundlage für politische und verwaltungsinterne Entscheide, klärt den Auftrag und die Prioritäten des Fachbereichs und begründet den Ressourcen- und Organisationsbedarf. Die bisherigen Handlungsfelder werden damit in ein lebensphasenorientiertes Modell überführt, was eine kohärente und zielgruppenspezifische Ausrichtung der städtischen Gesellschaftspolitik ermöglicht.

3. Begründung für die unbefristete Verankerung in der Stadtverwaltung

Mit der unbefristeten Verankerung des Fachbereichs Gesellschaft sollen einerseits die während der Pilotphase aufgebauten und mittlerweile etablierten Strukturen, Netzwerke, Prozesse und Kooperationen gesichert werden. Zudem soll der Fachbereich Gesellschaft die Aufgabe erhalten, innerhalb des Lebensphasenmodells auf die künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu reagieren.

3.1. Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit

Die befristete Stelle hat bereits wesentlich zur Professionalisierung der gesellschaftspolitischen Arbeit beigetragen und zeigt mit beiliegendem Konzept konkret die Notwendigkeit von weiteren Massnahmen auf. Bereits in der Aufbauphase konnten in verschiedenen Themenbereichen koordiniert Schritte geplant und umgesetzt werden, wodurch parallele oder widersprüchliche Strukturen aufgelöst wurden. So koordinierte der Fachbereich im Bereich Sicherheit und Schadensminderung am Bahnhof / Neumarkt sämtliche beteiligten Akteure – Stadt, Kanton, SBB, Polizei, FHNW, PDAG und Fachstellen – und erarbeitete die Grundlagen für politische Entscheide, die ohne eine fest verankerte kommunale Stelle nicht möglich gewesen wären. Durch den Fachbereich Gesellschaft werden Verwaltung, Politik und regionale Partner auch in Zukunft entlastet.

3.2. Dauerhafte Aufgabenwahrnehmung und strategische Notwendigkeit

Die dem Fachbereich zugewiesenen Aufgaben sind kontinuierlich und dauerhaft. Sie gehören zu den grundlegenden Kernaufgaben einer modernen, sozial verantwortungsbewussten Stadtverwaltung. Themen wie Alter, Integration, Jugendarbeit, Familie, Gesundheit und auch akute Problemlagen wie Vandalismus oder eine offene Drogenszene benötigen eine langfristige, verbindliche Steuerung und eine in der Verwaltung dafür zuständige Stelle. Ohne eine fest verankerte Fachstelle können diese kommunalpolitisch relevanten Aufgaben nicht verlässlich, zielorientiert und im Sinne der politischen Vorgaben wahrgenommen werden. Der Fachbereich

gewährleistet zusammen mit der Exekutive die strategische Planung, die Priorisierung der Themenvielfalt sowie die Koordination der verschiedenen beteiligten Akteure. Er bildet damit die Grundlage für eine kohärente gesellschaftspolitische Ausrichtung der Stadt und deren operative Umsetzung.

3.3. Regionale Einbettung, Kooperationen und externe Abhängigkeiten

Der Fachbereich ist in mehrere regionale und kantonale Netzwerke eingebunden, die eine kontinuierliche und verlässliche städtische Mitwirkung voraussetzen. Dazu gehören unter anderem die Regionale Integrationsfachstelle (RIF), die Arbeitsgruppe «Versorgungsregion Brugg» der Regionalplanung Brugg Regio, die Zusammenarbeit mit diversen Partnern (Kanton Aargau, Regional- und Kantonspolizei, Verein Streetwork Aargau, Hope Baden etc.) im Suchtbereich und die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Windisch in diversen gesellschaftsrelevanten Themen (Familientag, Active City, Suchtthematik). Diese Kooperationen benötigen eine dauerhaft verfügbare und klar zuständige städtische Anlaufstelle, um Projekte zu steuern, Entwicklungen mitzugestalten und die Interessen der Stadt Brugg wirksam einzubringen. Eine erneute Befristung oder ein Wegfall der Stelle hätte unmittelbare Auswirkungen auf diese regionalen Partnerschaften, würde etablierte Strukturen schwächen und die Position der Stadt in wichtigen regionalen Entscheidungsprozessen beeinträchtigen.

3.4. Kommunale Verankerung für Fördermittel und nachhaltige Wirkung

Für eine unbefristete Verankerung spricht ausserdem, dass viele kantonale Förderinstrumente und Projektfinanzierungen lokale Strukturen, klare Zuständigkeiten und definierte Trägerschaften voraussetzen. Gemeinden übernehmen dabei eine Schlüsselrolle: Sie wirken als Ankerinstitution und übersetzen kantonale Strategien in den lokalen Sozialraum. Erst durch die fachliche Zuständigkeit einer kommunalen Stelle können kantonale Mittel erkannt, erschlossen, bedarfsgerecht eingesetzt und vor Ort wirksam gemacht werden. Dadurch entstehen Angebote, die nicht nur finanziell unterstützt werden, sondern sich nachhaltig weiterentwickeln und dauerhaft in der Gemeinde verankert werden können.

So finanzierte der Kanton die Bedarfsanalyse zur Schadensminderung (Infodrog, 2024) sowie das laufende Pilotprojekt aufsuchender Sozialarbeit. Die Regionale Integrationsfachstelle (RIF) wird über kantonale Integrationsprogramme mitfinanziert. Im Bereich Gesundheit ermöglicht die Beteiligung am kantonalen Pilotprojekt «Gesundheitsregion Brugg» den Zugang zu fachlicher Unterstützung und Programmressourcen.

3.5. Vergleich mit anderen Gemeinden

Im Rahmen der Erarbeitung des strategischen Konzepts wurde ein Vergleich mit anderen, ähnlich gelagerten Gemeinden vorgenommen. Die Analyse zeigte, dass Städte und Gemeinden wie Aarau, Suhr oder Wohlen über eine dauerhaft etablierte Struktur im Bereich Gesellschaft verfügen. Diese Gemeinden stellen die Kontinuität der gesellschaftspolitischen Arbeit sicher, tragen strategische Entwicklungen und verbinden interne wie externe Akteure zuverlässig miteinander. Der Erfolg wird dabei primär qualitativ anhand konkreter Projektergebnisse sowie Rückmeldungen von Bevölkerung und Partnerorganisationen beurteilt.

4. Künftige Herausforderungen

Die Verstärkung des Fachbereichs ist nicht nur Sicherung des Bestehenden, sondern schafft auch die notwendige Stabilität, um künftige gesellschaftliche Entwicklungen aktiv gestalten zu können.

4.1. Fachliche Herausforderungen

Der Fachbereich Gesellschaft steht in den kommenden Jahren vor einer Reihe konkreter fachlicher Herausforderungen – nachfolgend beispielhaft zentrale Themenfelder.

Weiterentwicklung der offenen Jugendarbeit

Mit der Überführung der Jugendarbeit in die Stadtverwaltung per 1. Januar 2025 wurde die organisatorische Grundlage geschaffen. Die vergangenen 17 Monate waren durch die notwendigen Vorbereitungsschritte dafür geprägt: Von den ersten Gesprächen mit dem Vereinsvorstand über die gemeinsame Entwicklung des Überführungsziels, den Stadtratsbeschluss und die Einwohnerratsvorlage bis zum politischen Entscheid, der eigentlichen Umsetzung der Überführung und der Konsolidierung der neuen Abläufe. Mit den nun gefestigten Strukturen kann die fachliche Weiterentwicklung gezielt angegangen werden. Auftrag, Prioritäten und die Abgrenzung zur Schulsozialarbeit sind in einem aktualisierten Konzept zu verankern, das die Bedürfnisse der Jugendlichen ebenso berücksichtigt wie die Erwartungen relevanter Anspruchsgruppen – Schule, Eltern und Politik und Bevölkerung.

Anschliessend erfolgen die Umsetzung, Überprüfung und Weiterentwicklung. Der Fachbereich trägt die Verantwortung, die Fachlichkeit kontinuierlich sicherzustellen und die Jugendarbeit weiterzuentwickeln.

Frühe Förderung

Die wachsende Zahl zugewanderter Familien verändert die Zusammensetzung jüngerer Bevölkerungsgruppen, was spezifische Angebote in der Frühen Förderung und Integration erfordert. Mehrsprachige Eltern-Kind-Treffs oder niederschwellige Sprachförderangebote für Kleinkinder aus zugewanderten Familien – wie sie an der Laurstrasse 11 bereits erprobt werden – können frühzeitig Sprachdefizite ausgleichen und die Integration der ganzen Familie stärken.

Im Auftrag des Stadtrats wurde 2024 ein Konzept Frühe Förderung erarbeitet. Daraus abgeleitet können dem Stadtrat Massnahmen für Kinder von 0 bis 4 Jahren und ihre Familien zur Umsetzung unterbreitet werden. Dies betrifft den Ausbau niederschwelliger Angebote (Laurstrasse 11 – ehem. Familienzentrum), die Vernetzung mit kantonalen Förderprogrammen sowie die Koordination mit der RIF im Bereich Sprachförderung.

Demografische Entwicklung

Brugg wächst als regionales Zentrum kontinuierlich. Parallel dazu schreitet die Bevölkerungsalterung voran: Der Anteil der über 65-Jährigen wird, gemäss kantonalen und nationalen Szenarien bis 2035 deutlich zunehmen. Dies erhöht den Koordinationsbedarf im Altersbereich – von der Wohnraumentwicklung über die Gesundheitsversorgung bis hin zur Prävention von Vereinsamung. Der Fachbereich hat die Aufgabe, diese demografischen Entwicklungen laufend zu verfolgen und – etwa im Rahmen der Unterstützung der Arbeitsgruppe «Versorgungsregion Brugg» der Regionalplanung Brugg Regio – darauf hinzuwirken, dass die Versorgung der Bevölkerung bedarfsgerecht ausgerichtet wird.

Schadensminderung und Sicherheitslage am Bahnhof

Die strukturellen Lösungen im Bereich Schadensminderung liegen künftig im Lead des Kantons. Die Umsetzung entsprechender Angebote erfordert jedoch weiterhin eine aktive kommunale Begleitung.

4.2. Organisation des Fachbereichs in Bezug auf neue Handlungsfelder

Das strategische Konzept sieht vor, die bisherige thematische Gliederung des Fachbereichs in ein lebensphasenorientiertes Modell zu überführen. Anstelle der bisherigen Handlungsfelder (Alter, Integration, Jugendarbeit etc.) bilden künftig die Lebensphasen den Rahmen für Priorisierung und Angebotsentwicklung.

4.3. Aufgaben im Bereich der Prävention

Der Fachbereich nimmt bereits heute präventive Aufgaben wahr (vgl. Kapitel 2.3 z.B. Active City, «Wie geht's dir Bänkli» oder Sturzpräventions-Trainings). Diese präventive Ausrichtung soll künftig weiterhin möglich sein und im jährlichen Rechenschaftsbericht ausgewiesen werden.

4.4. Nutzen für die Bevölkerung

Eine koordinierte Gesellschaftspolitik hat zum Ziel, dass Menschen in Brugg sicher aufwachsen, sich integrieren, am gesellschaftlichen Leben teilhaben und selbstbestimmt älter werden können. Der Fachbereich stellt sicher, dass gesellschaftliche Bedarfe frühzeitig erkannt, Zuständigkeiten geklärt und Ressourcen wirkungsorientiert eingesetzt werden.

5. Organisatorische und finanzielle Auswirkungen

5.1. Organisatorisches

Die bestehenden 100 Stellenprozente des Fachbereichs Gesellschaft werden in eine unbefristete Stelle überführt und weiterhin innerhalb der Abteilung Gesellschaft & Soziales geführt. Die Verstetigung sichert die etablierten Aufgaben, Abläufe und Prozesse und führt die bestehende Struktur der Abteilung stabil fort.

5.2. Finanzen

In der Einwohnerratsvorlage des Jahres 2022 wurden für die Erfüllung der für diese Stelle vorgesehenen Aufgaben ein tertiärer Abschluss (FH, HF, Uni) in einer relevanten Studienrichtung sowie eine fundierte und breite Berufserfahrung vorausgesetzt. Aus dem definierten Anforderungsprofil resultierte ein Bruttojahreslohn von CHF 110'000 zuzüglich Arbeitgeberbeiträge von rund CHF 22'000.

Die Überführung der bestehenden befristeten Stelle in eine unbefristete Anstellung verursacht keine zusätzlichen Kosten gegenüber der bisherigen. Der Lohn wird weiterhin gemäss Funktion, Ausbildung und Erfahrung innerhalb des städtischen Lohnsystems budgetiert. Die finanziellen Mittel sind ab dem Budgetjahr 2027 dauerhaft einzusetzen. Für die Weiterführung ab November 2026 beantragt der Stadtrat deshalb einen jährlich wiederkehrenden Kredit ohne einmalige Zusatzkosten. Die Stelle wird vollständig in den ordentlichen Stellenplan integriert.

6. Alternativen / Risiken bei Nicht-Überführung

6.1. Erneute Befristung

Eine erneute Befristung der Stelle würde zu Unsicherheit führen – sowohl innerhalb der Verwaltung als auch bei externen Partnern. Befristete Strukturen verhindern eine langfristige strategische Verankerung der gesellschaftlichen Arbeit und erschweren die kontinuierliche Umsetzung kantonaler und kommunaler Ziele. Zudem würde die Planbarkeit von Kooperationen, Projekten und Steuerungsaufgaben nachhaltig beeinträchtigt.

6.2. Aufgabenrückführung in bestehende Bereiche

Eine Rückführung der Aufgaben in die bestehenden Bereiche der Verwaltung würde zu einer erneuten Fragmentierung führen und den erprobten, inzwischen stabil funktionierenden Prozessen widersprechen. Die zahlreichen Schnittstellen und die hohe thematische Komplexität könnten von den bestehenden Bereichen nur mit erheblichem Mehraufwand und ohne

koordinative Aufgaben übernommen werden. Dies würde die indirekten Kosten erhöhen, ohne die notwendige Qualität, Koordination oder Wirkung sicherstellen zu können. Zudem müsste auch die Personalführung der RIF-Mitarbeitenden und der Jugendarbeitenden, die derzeit 25 % der Stellenressourcen des Fachbereichs bindet, anderweitig in der Verwaltung aufgefangen werden. Freie Kapazitäten dafür sind in der bestehenden Organisation nicht vorhanden.

7. Zukünftige Ausrichtung

Die zukünftige Weiterentwicklung des Fachbereichs Gesellschaft orientiert sich an der im Konzept festgehaltenen strategischen Ausrichtung der städtischen Gesellschaftspolitik.

Diese stützt sich auf sechs Leitlinien, die den Rahmen für eine wirkungsorientierte Planung, Umsetzung und Überprüfung der fachlichen Aktivitäten bilden. Ergänzend dazu erfolgt die Schwerpunktsetzung entlang der drei zentralen Lebensphasen – Kinder und Jugendliche, Erwachsene im Erwerbs- und Familienalter sowie Seniorinnen und Senioren.

Der Stadtrat verpflichtet den Fachbereich Gesellschaft, jährlich einen Leistungsbericht zu erstellen. Dieser wird dem Stadtrat jeweils Anfang Jahr im Rahmen des Rechenschaftsberichts der Einwohnergemeinde eingereicht. Er dokumentiert die Zusammenarbeit mit Dritten, eine Wirkungseinschätzung, Projekte und allfällige strategische Entwicklungen. Damit wird die vom Einwohnerrat 2022 geforderte Evaluierbarkeit von Aufwand und Wirksamkeit dauerhaft sichergestellt.

Für die detaillierten Leitlinien, Zielsetzungen und Schwerpunkte wird auf das beiliegende strategische Konzept verwiesen.

Anträge

1. Sie wollen der Überführung der befristeten 100 %-Stelle des Fachbereichs Gesellschaft per 1. November 2026 in eine unbefristete Stelle zustimmen.
2. Sie wollen der dauerhaften Anpassung im Stellenetat zustimmen und den anteilmässigen Kredit ab November 2026 in der Höhe von CHF 22'000 und den jährlich wiederkehrenden Kredit gemäss Budget 2027 ff. in der Höhe von CHF 132'000 genehmigen.
3. Sie nehmen zur Kenntnis, dass der Fachbereich Gesellschaft dem Stadtrat jährlich einen Leistungsbericht vorlegt, der als Teil des Rechenschaftsberichts veröffentlicht wird.

STADTRAT BRUGG

Barbara Horlacher
Stadtpräsidentin

Matthias Guggisberg
Stadtschreiber

Beilage: Gesellschaftspolitik Brugg – Strategisches Konzept (einsehbar auf der Homepage der Stadt Brugg)